

Bulgarien

Johanna Deimel

Die bulgarische Regierung unter Boiko Borissov von GERB konnte sich trotz einiger Probleme im Amt halten. Ein Misstrauensvotum der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) und der Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS) im Februar 2016 hat die Regierung ebenso überstanden wie diverse Rücktritte aus dem Kabinett. Nach einem Zerwürfnis über die Justizreform war Ende 2015 Justizminister Christo Ivanov aus der Regierung ausgeschieden; es folgte der Rücktritt des Bildungsministers Todor Tonev wegen eines Disputs mit Borissov über neue Lehrpläne und die darin enthaltende Interpretation der Osmanischen Zeit. Am schwerwiegendsten aber war der Rücktritt des Vize-Premiers und Ministers für Arbeit und Soziales, Ivailo Kalfin, von der linksgerichteten Alternative für Bulgariens Wiedergeburt (ABV) im Mai 2016. Anlass für diese Entscheidung war das Veto von Staatspräsident Rossen Plevneliev, der sich gegen die Beschneidung des Wahlrechts der Auslandsbulgarinnen und -bulgaren aussprach, was in den Novellen zum Wahlgesetz vorgesehen war. Die ABV ging in die Opposition und ließ die Regierung mit nur 114 Stimmen im Parlament zurück – mit der Konsequenz, dass der Premier, um die notwendige Mehrheit der Stimmen (121) zu erreichen, nunmehr auf wechselnde Mehrheiten bauen muss.¹ Umfragen von Exacta sehen GERB nach wie vor als stärkste politische Kraft (26,5 Prozent), gefolgt von der BSP (15,4 Prozent), dem Block der Reformisten (5,6 Prozent) und der DPS (5,4 Prozent).² Die BSP, die sich in Umfragen auf einem immer noch niedrigen Niveau zeigt, hat sich mit der Wahl von Kornelia Ninova zur ersten weiblichen Parteivorsitzenden Anfang Mai 2016 neu aufgestellt.

Europäische Union und Brexit

Im Kooperations- und Kontrollverfahren,³ dem Bulgarien nach wie vor unterliegt, ist weniger von Fortschritt denn von Stillstand die Rede. Die Europäische Kommission listet in ihrem letzten Bericht vom Januar 2016 die alt bekannten Mängel auf, ohne dass in den einzelnen Bereichen – wie Korruptionsbekämpfung, Reform des Justizwesens, Kampf gegen organisierte Kriminalität – nicht nur Worte und Strategien, sondern vor allem Implementierungen und konkrete Maßnahmen erfolgt wären. Negativ fiel auch der Bericht der Europäischen Zentralbank (EZB) 2016 für Bulgariens potentiellen Beitritt in den Euroraum aus.⁴ Das „bulgarische Recht (würde) nicht alle Anforderungen an die Unabhängigkeit der Zentralbank, das Verbot der monetären Finanzierung und die rechtliche Integrität der Zentralbank in das Eurosystem“ erfüllen, heißt es in dem Bericht der EZB.

-
- 1 Siehe die Analysen von Georgi Karasimeonov (Hrsg): Barometer. Bulgaria's Political Parties, Friedrich Ebert Stiftung, Sofia 1/2016 und 2/2016.
 - 2 Electograph: BULGARIA, March 2016. Exacta poll, abrufbar unter: <http://www.electograph.com/2016/04/bulgaria-march-2016-exacta-poll.html> (letzter Zugriff: 11.8.2016).
 - 3 Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, Brüssel, 27. Januar 2016.
 - 4 Europäische Zentralbank: Konvergenzbericht, Juli 2016, abrufbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/conrep/cr201606.de.pdf?d48c46207f6b12e50d97a553790b940e> (letzter Zugriff: 12.8.2016), S. 62.

Eigentlich sollte Bulgarien in der zweiten Jahreshälfte 2018 den EU-Ratsvorsitz übernehmen. Nach dem Brexit-Referendum und durch den möglichen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs, das in der zweiten Jahreshälfte 2017 den Vorsitz übernehmen sollte, könnte dies schon Anfang 2018 der Fall sein. Die Entscheidung hierüber fällt der Europäische Rat im September 2016. Das nach dem Brexit-Referendum mögliche Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union kann gravierende negative Folgen für die heimische bulgarische Wirtschaft nach sich ziehen. Wie die bulgarische Zeitschrift Kapital darlegt,⁵ war das Vereinigte Königreich 2015 der achtgrößte Markt für bulgarische Waren. Die Gefahr liegt in der Vertriebsstruktur der Exportwaren, da die meisten Produkte (wie etwa Textilindustrie) Teil der Wertschöpfungskette sind und einem Kursverfall des Pfunds nicht standhalten würden. Wichtig sind für viele Familien in Bulgarien zudem die Überweisungen der im Vereinigten Königreich arbeitenden Saisonarbeiter (laut Angaben der Weltbank machten diese 2014 etwa 74 Mio. US-Dollar aus). Die bulgarischen Migranten im Vereinigten Königreich (derzeit circa 65.000)⁶ machten die populistischen Euroskeptiker zum Thema in ihrer Brexit-Kampagne. Nach dem Votum fürchten Bulgarinnen und Bulgaren um ihre Aufenthaltsrechte, denn viele möchten im Vereinigten Königreich bleiben. Insgesamt ist für Bulgarien der Brain-Drain mittlerweile dramatisch. Allein 2015 haben 30.000 Bulgarinnen und Bulgaren, insbesondere junge zwischen 20 und 39 Jahren, ihrem Land vor allem in Richtung Deutschland, Großbritannien und Spanien den Rücken gekehrt.⁷ Sie verlassen Bulgarien, das im EU-Vergleich statistisch eine der niedrigsten Lebenserwartungen hat (Männer 71,1 Jahre, Frauen 78 Jahre – im Vergleich dazu die Männer in Spanien mit 83,3 Jahren)⁸ und mit nur 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union (gemessen nach Kaufkraftstandards) das ärmste EU-Mitgliedsland ist.⁹ Laut Eurobarometer ist die Mehrheit der Bulgarinnen und Bulgaren (53 Prozent im Vergleich zu 20 Prozent der EU-28 im Durchschnitt) mit ihrem Leben unzufrieden und nur 9 Prozent haben eine positive Einstellung zur nationalen Wirtschaftsentwicklung.¹⁰ Inzwischen machen die über 60-jährigen bulgarischen Bürgerinnen und Bürger ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus. Und für viele ist die Situation zunehmend prekär. Laut Eurostat vom Oktober 2015 sind 40 Prozent der Bevölkerung – und darunter europaweit insbesondere die alten Menschen Bulgariens – am meisten von Armut und sozialem Ausschluss bedroht.¹¹ Die demographische Krise verschärft sich, denn durch Migration und Geburtenrückgänge steuert Bulgarien auf eine überalterte Gesellschaft zu – mit gravierenden Konsequenzen für den Arbeitsmarkt sowie die Sozial- und Pensionskassen.

5 Vera Denizova: (De)ffektat Brexit za Balgaria. In: Kapital, 21.7.16.

6 BalkanInsight: EU Exit Worries Bulgarians, Romanians, in UK, 15.3.2016.

7 Novinite.com, Sofia News Agency: Nearly 30 000 Bulgarians Emigrated in 2015, Immigrants Exceeded 25 000, 12.7.2016.

8 Novinite.com, Sofia News Agency: Average Life Expectancy in Bulgaria Grows, Still Among Lowest in EU, 16.5.2014.

9 Auswärtiges Amt: Wirtschaft, Februar 2016, abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Bulgarien/Wirtschaft_node.html (letzter Zugriff: 15.8.2016).

10 European Commission: Standard Eurobarometer 83, Spring 2015.

11 Eurostat: Newsrelease 181/2015, The risk of poverty or social exclusion affected 1 in 4 persons in the EU in 2014, 16.10.2015.

Flüchtlinge

Bulgarien war anders als die Nachbarländer Griechenland, Serbien und Mazedonien nicht in dem Maße von Flüchtlingsströmen durch das eigene Territorium belastet. Als Nicht-Schengenland war Bulgarien weniger attraktiv. Laut der Angaben des bulgarischen Innenministeriums haben 2015 fast 8.500 illegale Migranten den Weg durch Bulgarien von der bulgarisch-türkischen zur bulgarisch-serbischen Grenze genommen.¹² Flüchtlinge wurden außerdem einerseits durch den circa 130 Kilometer langen Grenzzaun an der türkischen Grenze (im Juni 2016 gab das Parlament den Weg frei für die Verlängerung auf bis zu 160 Kilometer) abgehalten, zum anderen wurden sie von den schlechten Bedingungen, denen Flüchtlinge auf ihrem Weg durch das Land ausgesetzt waren, abgeschreckt. Seitdem die Bulgarische Nationalversammlung im Februar 2016 einstimmig genehmigte, die bulgarische Grenzpolizei durch die Armee zu unterstützen, ist die Grenze noch schwieriger zu passieren. Zwischenfälle und Übergriffe gingen durch die Medien im In- und Ausland. Im Oktober 2015 kam ein afghanischer Flüchtling durch Schüsse der bulgarischen Grenzpolizei zu Tode. Bulgarische Bürgerwehren machten Jagd auf Flüchtlinge, patrouillierten entlang der bulgarisch-türkischen Grenze und setzten ihre Aktionen in sozialen Medien ab – all das mit einer überwältigenden Zustimmung der bulgarischen Bevölkerung; eine Umfrage des bulgarischen Nationalen Fernsehens vom April 2016 ergab, dass 84 Prozent die staatliche Anerkennung und Unterstützung der Bürgerwehren forderten.¹³ In ihrem Jahresbericht 2015/2016 kritisiert Amnesty International, dass Flüchtlinge sogar an regulären bulgarisch-türkischen Grenzübergängen von der bulgarischen Grenzpolizei zurückgewiesen wurden und es nach der im Juni 2015 verabschiedeten Nationalen Migrations-, Asyl- und Integrationsstrategie 2015 bis 2020 keinerlei weitere konkrete Aktionspläne zu deren Umsetzung gibt.¹⁴

Nachdem der bulgarische Premier Borissov mehrfach eine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten gefordert hatte, wurde er vom ungarischen Premier Viktor Orbán aus Anlass der Flüchtlingskrise im Februar 2016 zum Treffen der Visegrád-Staaten nach Prag geladen. Der bulgarische Premier aber stellte sich hinter die europäischen Beschlüsse, betonte, dass die EU-Außengrenzen gesichert werden müssen und kritisierte in einem Interview im Mai 2016 die mangelnde Solidarität der ostmitteleuropäischen Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen.¹⁵ Bulgarien erklärte sich zur Übernahme von 1.200 Flüchtlingen bereit. Der Premier aber versuchte noch kurz vor dem Beschluss des Europäischen Rates über das am 20. März 2016 in Kraft getretene EU-Türkei-Abkommen in einem Schreiben an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Europäischen Rat die besondere Situation seines Landes an der Grenze zur Türkei deutlich zu machen und das Recht auf Rückführung irregulärer Migranten in die Türkei durchzusetzen. Am 1. Juni 2016 trat letztlich ein bilaterales Rückführungsabkommen mit der Türkei in Kraft. Die Flüchtlingskrise zeitigt in der bulgarischen Politik und Gesellschaft ihre Wirkung, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt.¹⁶

12 Lyubomir Kyuchukov: Impact of the Refugee Crisis on Bulgarian Society and Politics: Fears But No Hatred, in: Friedrich Ebert Stiftung Analysis, April 2016.

13 Georgi Gotev: Bulgarien befürwortet Selbstjustiz an Flüchtlingen, in: Euractiv, 13.4.16

14 Amnesty International: Annual Report 2015/2016. The State of the World's Human Rights, abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2016/02/annual-report-201516/> (letzter Zugriff: 11.8.2016).

15 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Etwas Solidarität auch in Südosteuropa, 7.5.2016.

16 Siehe auch im Folgenden Kyuchukov: Impact of the Refugee Crisis on Bulgarian Society and Politics, 2016.

Gefürchtet wird unter anderem eine Zunahme von radikalem Islamismus. Hassreden gegenüber der Roma-Minderheit, besonders gegenüber Musliminnen und Muslimen, haben in den Medien und in der Gesellschaft deutlich zugenommen.¹⁷ Eine Folge der zunehmenden Angst vor einer Islamisierung ist, dass das bulgarische Parlament im Juni 2016 mit überwältigender Mehrheit das Verbot einer teilweisen und ganzen Verschleierung in öffentlichen Räumen und Institutionen verabschiedete und damit das bereits vorher beschlossene Burka-Verbot einzelner Kommunen (wie Pazardschik, Stara Zagora, Sliven und Burgas) auf die nationale Ebene zog.

Russland und Sicherheit

Die Kriege in Syrien und in der Ukraine und die damit verbundenen verstärkten Sicherheitsmaßnahmen der NATO haben in Bulgarien zu etlichen Spannungen mit Russland geführt. Bulgarien trägt die EU-Sanktionen gegenüber Russland mit, obwohl nicht nur historische und kulturelle, sondern auch wirtschaftliche (vor allem im Tourismus- und Energiebereich), enge Verbindungen mit Moskau bestehen und die Sanktionen entsprechende Einbußen (Importverbot bulgarischer Waren nach Russland) bedeuten.¹⁸ Auf ihrem Gipfel im Juli 2016 in Warschau zeigten die NATO-Mitgliedstaaten Verständnis für Bulgariens Bitte um eine verstärkte Präsenz des Militärbündnisses in der Schwarzmeer-Region. Doch hat Moskau auch Unterstützer in der bulgarischen Politik. Anfang Juni 2016 stellten die Abgeordneten der BSP eine Anfrage an das Parlament, den Premier zu beauftragen, beim Europäischen Rat auf eine Aufhebung der EU-Reisebeschränkungen für russische Abgeordnete zu dringen. Nur 49 Abgeordnete – von der BSP, der ABV und der ultra-rechtsnationalistischen Ataka – stimmten für den letztlich gescheiterten Antrag. Russlands ‚Softpower‘ ist nicht zu unterschätzen: So gibt es seit Anfang März 2016 einen eigenen bulgarisch-russischen Fernsehsender. Der Vorsitzende der bulgarisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Neophyte, wurde gemeinsam mit dem serbischen Präsidenten Tomislav Nikolić und dem Vorsitzenden der russischen Duma, Sergej Naryschkin, in Moskau mit einem Orden versehen. Atakas Vorsitzender, Volen Siderov, erhielt die Ehrenmedaille des Komitees der Russischen Kriegsveteranen und Vertreter von Ataka wie von der ABV und der BSP nahmen Ende Juni 2016 am Parteikongress der russischen Partei Jedinaja Rossija (Geeintes Russland) teil.

Weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2016, Bulgaria, abrufbar unter: <http://www.bti-project.org/en/reports/> (letzter Zugriff: 15.8.2016).

Freedom House: Nations in Transit 2016: Bulgaria, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2016/bulgaria> (letzter Zugriff: 15.8.2016).

17 Open Society Sofia: Public Attitudes towards hate speech in Bulgaria, Report, 12.7.2016.

18 Dimitar Bechev: Russia's influence in Bulgaria. Defence, Foreign Policy and Security. Online-Publikation, abrufbar unter: http://europeanreform.org/files/ND-report-RussiasInfluenceInBulgaria-preview-lo-res_FV.pdf (letzter Zugriff: 15.8.2016).